



tige Produktivitätsanstieg und die verhaltene Lohnentwicklung ermöglichten eine spürbare Erhöhung der Gewinne und begünstigten die Belebung der Investitionsneigung. Die Exporte stiegen merklich an; noch stärker nahmen aber die Importe zu, so daß die Handelsbilanz seit Anfang dieses Jahres wieder ein beträchtliches Defizit aufweist.

Der Anstieg der Beschäftigung war bei der verlangsamtten Produktionsausweitung zuletzt gering. Schon deshalb setzte sich der bis zum Frühjahr dieses Jahres rasche Abbau der Erwerbslosigkeit nicht mehr fort. Die Arbeitslosenquote stieg bei weiter stark zunehmendem Arbeitskräfteangebot von 7,3 vH im Mai auf 7,8 vH im September, zumal Personengruppen auf den Arbeitsmarkt drängten, die in der Rezession die Arbeitssuche eingestellt hatten und größtenteils noch nicht vermittelt werden konnten.

Nach einer ausgeprägten Abschwächung hat sich der Preisauftrieb im Sommer wieder leicht verstärkt. Dies sollte aber nicht als Beginn einer neuen Inflationsbeschleunigung interpretiert werden. Denn sowohl von der Kosten- als auch von der Nachfrage-seite ist die Veranlassung zu verstärkten Preisanhebungen gering. Darüber hinaus wirken die hohen Ernteerträge in den USA dämpfend auf die Preisentwicklung. Der Index der Verbraucherpreise steigt derzeit mit einer Jahresrate von etwa 6 vH, während die Rate noch vor zwei Jahren mehr als 12 vH betrug.

Die Gebietskörperschaften konnten ihr Defizit vor allem wegen der kräftig zunehmenden Steuereinnahmen deutlich abbauen. Da auch die private Kreditnachfrage noch verhalten war, blieb die Expansion der Geldmenge bisher eher an der unteren Grenze des Bandes von 4,5 vH—7 vH ( $M_1$ ), das der Federal Reserve Board bis zum Frühjahr 1977 einhalten will. Anders als in früheren Aufschwungsphasen hat sich die Tendenz sinkender Zinssätze noch nicht umgekehrt. Der Grund dafür dürfte die zurückhaltende Kreditnachfrage sein, denn die laufenden privaten Investitionen werden zum großen Teil aus eigenen Mitteln finanziert, und die Inflationserwartungen sind weiter gering.

Die Aussicht hat sich verbessert, daß sich der Konjunkturaufschwung als nachhaltig erweist. Die stetige und stabilisierungskonforme Geldpolitik vermindert die Gefahr einer Preisbeschleunigung. Es wird erwartet, daß die privaten Investitionen verstärkt zur Zunahme des Sozialprodukts beitragen, zumal die Tarifabschlüsse des kommenden Jahres die stark zugunsten der Gewinne verschobene Verteilungsrelation kaum ändern dürften. Dies wird den Abbau der immer noch hohen Arbeitslosigkeit fördern, wodurch die Ausgabeneigung der Konsumenten wieder gestärkt würde.

Für das reale Sozialprodukt kann im Jahresdurchschnitt 1977 eine Zuwachsrate von 5,5 vH gegenüber 6,5 vH in diesem Jahr erwartet werden. Der Preisauftrieb dürfte sich insgesamt nicht beschleunigen, der Anstieg der Verbraucherpreise im nächsten Jahr wird sich auf 5 bis 6 vH belaufen (1976: 6 vH). Das Handelsbilanzdefizit dürfte sich weiter vergrößern, wenn auch nicht mehr im bisherigen Tempo.

### Ruhigere Expansion auch in Japan

Nach der zu Jahresbeginn 1976 sehr kräftigen Belebung der Wirtschaftstätigkeit hat sich der Aufschwung in gemäßigtem Tempo fortgesetzt. Die Abschwächung rührte vor allem daher, daß privater Konsum und Export deutlich langsamer expandierten. Die Abflachung der Konsumnachfrage folgte den merklich verringerten Lohnerhöhungen vom Frühjahr, denen keine weitere Beruhigung des Preisauftriebs gegenüberstand; zudem hat sich der Anstieg des Arbeitsvolumens verlangsamt. Das merklich geringere Tempo des Exportanstiegs reflektiert den weltweiten Übergang in eine ruhigere Expansionsphase; dies betraf den japanischen Export überdurchschnittlich, da die Ausfuhr im Winterhalbjahr 1975/76 im Zusammenhang mit besonders ausgeprägten Lagerdispositionen in wichtigen Abnehmerländern forciert worden war. Gestützt wurde die wirtschaftliche Aktivität jedoch dadurch, daß die Investitionen im Unternehmenssektor erstmals seit über zwei Jahren wieder deutlich stiegen.

Die monetäre Expansion beschleunigte sich in diesem Jahr weiter; sie wurde durch die starke Zunahme der öffentlichen Defizite bestimmt. Erstmals seit vielen Jahren wurden die Reservesätze gesenkt, außerdem wurde der Spielraum für die zulässige Kreditvergabe der Banken ausgeweitet. Zwar will es die Notenbank nicht zu einer übermäßigen Expansion des Geldvolumens kommen lassen; der gegenwärtige Kurs der Geldpolitik läßt aber nicht auf ehrgeizige Stabilisierungsziele schließen.

In den Herbst- und Wintermonaten wird der Konjunkturaufschwung wieder an Kraft gewinnen. Unternehmensbefragungen signalisieren eine weitere Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit. Dabei spielt auch die Erwartung eine Rolle, daß der Export im Winterhalbjahr wieder rascher expandieren wird; noch stärker dürften allerdings die Importe zunehmen, so daß sich der — seit Jahresbeginn hohe — Handelsbilanzüberschuß wieder verringern wird. Kräftige Nachfrageimpulse sind von den Staatsausgaben zu erwarten, da für den Herbst mit der Verabschiedung des recht expansiven Budgets 1976/77 zu rechnen ist, die sich aus politischen Gründen verzögert hatte. Insbesondere dürfte die Bauproduktion weiter angeregt werden. Dagegen wird der pri-

vate Konsum im Jahresdurchschnitt relativ verhalten expandieren, da die Beschäftigtenzahl nur allmählich steigen wird und die Lohnerhöhungen auch 1977 mäßig ausfallen dürften.

Im Jahresdurchschnitt kann für 1976 ein Anstieg des realen Sozialprodukts von etwa 6,5 vH erwartet werden; 1977 dürften rund 7 vH erreicht werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird vermutlich 1976 9,5 vH betragen und 1977 weiter auf 8 vH im Vorjahresvergleich zurückgehen.

### **Verhaltener Aufschwung in Westeuropa**

In Westeuropa hat sich der Aufschwung während des Sommerhalbjahres abgeflacht, wobei die Unterschiede in der konjunkturellen Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern wieder größer geworden sind. Die Abflachung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die von den Lagerdispositionen und dem privaten Konsum ausgehenden Impulse abgeschwächt haben.

Der private Verbrauch nahm nach der sehr kräftigen Expansion im Winterhalbjahr während der letzten Monate nur noch langsam zu. Ausschlaggebend dafür war, daß die verfügbaren Einkommen, bedingt durch einen geringeren Lohnanstieg, schwächer als zuvor expandierten und die Sparquote nur noch wenig zurückging. Die privaten Haushalte dürften ihren Nachholbedarf an dauerhaften Konsumgütern zu einem erheblichen Teil gedeckt haben. Seit Jahresmitte wurden in den mit besonders großen Inflationsproblemen und außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten belasteten Volkswirtschaften wie in Großbritannien, Italien, Frankreich und Dänemark einkommens- und finanzpolitische Maßnahmen ergriffen, die auf eine Dämpfung des Verbrauchs insbesondere von importierten Gütern zielen, während Investitionen und Exporte gefördert werden.

Die Nachfrage nach Investitionsgütern ist überwiegend wieder leicht gestiegen. Die erhöhte Kapazitätsauslastung, vor allem aber die deutlich verbesserte Gewinnentwicklung haben die Investitionsneigung günstig beeinflusst. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt noch bei Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Gedämpft blieb zumeist die Entwicklung der Nachfrage nach Bauleistungen.

Die Warenexporte der westeuropäischen Länder sind im Sommer real nicht mehr so kräftig gestiegen wie zuvor. Das gilt sowohl für den innereuropäischen Handel als auch für die Exporte in die USA. Die Lieferungen nach den Entwicklungs- und Staatshandelsländern dürften noch stagniert haben. In Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Italien, wo bereits im Winterhalbjahr 1975/76 ein deutlicher Anstieg der Handelsbilanzdefizite zu registrieren war, haben die

außenwirtschaftlichen Probleme nicht an Schärfe verloren.

Trotz des Anstiegs der Kapazitätsauslastung ist es noch nicht zu einer nennenswerten Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt gekommen. Zwar wurde die Kurzarbeit weitgehend abgebaut, und die Zahl der offenen Stellen ist in den Sommermonaten zumeist leicht gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen hat aber nur vereinzelt abgenommen; in den meisten Ländern hat sie sich lediglich nicht weiter erhöht. Der Anteil Jugendlicher und Frauen an den Erwerbslosen dürfte sich vergrößert haben.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit hat zu einer merklichen Zurückhaltung der Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen beigetragen. So hat sich der Anstieg der Nominallöhne zumeist spürbar verringert, wenngleich die Raten im Vorjahresvergleich überwiegend noch zweistellig sind. Außerdem gab es erheblich weniger Streiks.

Der verlangsamte Lohnanstieg bei vielfach kräftig erhöhter Produktivität bildete eine günstige Voraussetzung für eine Eindämmung des Preisauftriebs, und bis zur Jahresmitte kam es zumeist zu einer leichten Verlangsamung. Die Abschwächung fiel schon deshalb nicht deutlicher aus, weil sich hauptsächlich die Einfuhr von Rohstoffen verteuerte. Während dieser Einfluß in einigen Ländern durch eine Aufwertung gemildert wurde, verstärkten in anderen Ländern wie Großbritannien und Italien drastische Abwertungen die inflationären Impulse. Hinzu kam, daß die Unternehmen offenbar bemüht waren, die in der Rezession stark gedrückten Erträge auch durch Preisanhebungen wieder möglichst rasch aufzubessern. Auf der Verbraucherstufe wirkten in den Sommermonaten besonders günstige Saisoneinflüsse zunächst dämpfend auf die Entwicklung der Preise. Zuletzt haben sich jedoch Nahrungsmittel aufgrund der Dürre wieder verteuert.

Nicht zuletzt aufgrund erheblicher Divergenzen der Kosten- und Preisentwicklung verschärfen sich im Konjunkturaufschwung die Ungleichgewichte im Außenhandel. Infolgedessen ist es, verschiedentlich durch politische Faktoren verstärkt, zu einer Serie von Währungsunruhen gekommen. In ihrem Verlauf haben vor allem die italienische Lira und das britische Pfund einschneidende Abwertungen hinnehmen müssen. Innerhalb der europäischen Währungsschlinge hat der Druck in Richtung auf eine Korrektur der Wechselkursrelationen — insbesondere gegenüber der D-Mark — zur jüngsten Neufestsetzung der Leitkurse geführt. In denjenigen Ländern, deren Währungen unter Abwertungsdruck geraten sind, hat man den expansiven geldpolitischen Kurs in den letzten Monaten deutlich zurückgenommen, wobei vor allem die kurzfristigen Zinsen stark ange-

hoben worden sind. Häufig haben die Regierungen auch Übereinkünfte zwischen den Tarifparteien herbeigeführt oder einkommenspolitische Maßnahmen durchgesetzt, die auf einen geringeren Lohnanstieg abzielen. Dies gilt namentlich für Großbritannien, Dänemark und Belgien. Aber auch in Italien und Frankreich gehen die Bemühungen in diese Richtung.

Wenn daher — wie hier angenommen worden ist — während der nächsten Monate in den meisten Ländern relativ mäßige Lohnerhöhungen vereinbart werden und eine zurückhaltende Geldmengenexpansion betrieben wird, bestehen durchaus Chancen dafür, daß es im Zuge des weiteren Aufschwungs nicht zu einer Inflationsbeschleunigung kommt. Damit verbessern sich auch die Aussichten auf eine nachhaltige Belebung der Investitionstätigkeit. Die Exporte werden voraussichtlich weiter recht kräftig zunehmen, während von seiten der öffentlichen Ausgaben verringerte Nachfrageimpulse zu erwarten sind. Der private Verbrauch wird im allgemeinen — nach einer Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte 1976 — im Verlauf des Jahres 1977 wieder rascher zunehmen.

Die weitere Aufwärtsentwicklung wird von Land zu Land recht unterschiedlich ausfallen, nicht zuletzt wegen der in einzelnen Volkswirtschaften eingeleiteten Stabilisierungsstrategien. Gleichwohl werden die Disparitäten in der Kosten- und Preisentwicklung noch erheblich sein. Deshalb sind Wechselkursänderungen auch in Zukunft wahrscheinlich und auch innerhalb der europäischen Währungsschlinge nicht auszuschließen. Im Zuge der Produktionsausweitung wird es noch nicht zu einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit kommen; auch die Auslastung der technischen Kapazitäten wird sich insgesamt nur langsam erholen. Das reale Sozialprodukt der westeuropäischen Länder dürfte 1977 im Durchschnitt annähernd im gleichen Ausmaß wie 1976 (4,5 vH) zunehmen.

#### **Weitere Expansion des Welthandels**

Die zügige Expansion des Welthandels hielt zunächst noch an, als sich der Konjunkturaufschwung in den führenden Industrieländern verlangsamte. Insgesamt war der internationale Warenaustausch preisbereinigt im ersten Halbjahr 1976 um reichlich 10 vH höher als vor Jahresfrist. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte die Entwicklung des Welthandels von der Abflachung des konjunkturellen Nachfrageanstiegs in den Industrieländern beeinflußt worden sein; zugleich haben sich die Einfuhren der Rohstoffländer wohl noch nicht nennenswert belebt.

Die Handelsbilanzdefizite der Industrieländer haben sich im Zuge der konjunkturellen Erholung

wieder beträchtlich vergrößert. Hierzu trug sowohl die Steigerung der Importe von Erdöl und anderen Rohstoffen als auch die Stagnation der Ausfuhren in die OPEC-Länder, die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer und die Staatshandelsländer bei. Außerdem haben sich mit dem Anstieg der Rohstoffpreise die Terms of Trade der Industrieländer wieder verschlechtert.

Trotz der Verlangsamung der Expansion wird sich im Jahre 1976 insgesamt preisbereinigt noch ein Anstieg des Welthandels um 9 bis 10 vH ergeben. Da die Auftriebskräfte in den Industrieländern wohl allmählich an Kraft gewinnen, werden ihre Einfuhren im Laufe des kommenden Jahres rascher expandieren. Dies wird auch die Rohstoffländer in die Lage versetzen, ihre Importe wieder zu erhöhen. Angesichts der hohen Verschuldung und des steigenden Schuldendienstes der Entwicklungsländer und der Staatshandelsländer dürften deren Einfuhren indes nicht so schnell wie die Ausfuhren zunehmen. Für das Welthandelsvolumen insgesamt ist im Jahresdurchschnitt 1977 mit einem Anstieg von etwa 8 vH zu rechnen.

Die Leistungsbilanzdefizite der nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer und der Staatshandelsländer dürften 1977 insgesamt leicht abnehmen, die Überschüsse der OPEC-Länder wieder steigen. Dem steht ein nochmals — wenn auch nicht mehr so stark wie 1976 — erhöhtes Defizit der Industrieländer gegenüber. Dabei sind zwar Saldenverschiebungen zugunsten der Länder mit den größten Zahlungsbilanzproblemen zu erwarten, aber diese Fortschritte bei der außenwirtschaftlichen Sanierung werden sich nur langsam vollziehen.

#### **Preisanstieg bei Rohstoffen unterbrochen**

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe kam der Preisanstieg, der im Herbst 1975 begonnen hatte, Mitte 1976 zum Stillstand. Seitdem hat sich das Preisniveau kaum noch verändert; auf Dollarbasis liegt es gegenwärtig um etwa 15 vH über dem Tiefstand vom Oktober vorigen Jahres.

In der Preisberuhigung spiegelt sich in erster Linie die erneute Kaufzurückhaltung der Verarbeiter wider. Mit der Abflachung des Anstiegs der Industrieproduktion nimmt der laufende Rohstoffverbrauch verlangsamt zu, und die Lagerdispositionen der Verarbeiter wirken nicht mehr preistreibend. Zu dem Druck auf die Notierungen mag die eingeleitete Ausweitung der Rohstoffproduktion beigetragen haben; die hohen Rohstoffbestände bei den Erzeugern und an den Warenbörsen haben in letzter Zeit nicht mehr abgenommen.

Erst bei der für die nächsten Monate zu erwartenden Verstärkung des Anstiegs der Industrieproduk-

tion in den westlichen Ländern wird der Rohstoffverbrauch wieder kräftiger zunehmen. Dann ist auch wieder mit größeren Vorratskäufen der Verarbeiter zu rechnen. Die Notierungen für Industrierohstoffe dürften demnach im Laufe des ersten Halbjahres 1977 erneut steigen. Einer Hausse stehen allerdings das große Angebotspotential — hohe Produzenten- und Börsenbestände sowie nicht ausgelastete Produktionskapazitäten — entgegen. Es wird angenommen, daß die für den Beginn des kommenden Jahres zu erwartende Anhebung des Referenzpreises für Rohöl nicht größer sein wird als im letzten Jahr (+ 10 vH).

Auf den Nahrungsmittelmärkten erreichte die kräftige Aufwärtsentwicklung der Preise Mitte 1976 ihren Höhepunkt. Danach sind vor allem die Getreide- und Zuckerpreise gesunken, weil damit gerechnet wurde, daß die Produktion in der Saison 1976/77 in den großen Exportländern erheblich stärker als der Importbedarf der Verbrauchsländer zunimmt. Die Hausse der Kakao- und Kaffeenotierungen hält wegen des knappen Angebots an. In den nächsten Monaten dürften die starken Preisbewegungen bei den genannten Produkten nachlassen. Im gegenwärtigen Preisniveau hat die für die laufende Saison zu erwartende Angebots- und Nachfrageentwicklung bereits weitgehend ihren Niederschlag gefunden. Lediglich bei tierischen Produkten ist mit einem Preisanstieg zu rechnen.

### Ausblick

Mit dem Nachlassen der Impulse, die von den Ankurbelungsmaßnahmen des vergangenen Jahres ausgegangen waren, verläuft die konjunkturelle Expansion in den westlichen Industrieländern nun merklich flacher als in der ersten Erholungsphase. Die Fortsetzung des Aufschwungs hängt davon ab, daß sich die endogenen Auftriebskräfte durchsetzen. Dabei kommt es vor allem auf eine verstärkte Zunahme der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich an. Die statistischen Indikatoren für einen derartigen Prozeß sind noch lückenhaft. Doch sind die Voraussetzungen für eine nachhaltige Belegung der Investitionstätigkeit — mit Unterschieden von Land zu Land — durch die Erhöhung des Auslastungsgrades und der Gewinne günstiger geworden.

Die Bedingungen für einen Fortgang des Aufschwungs können vor allem für die Länder als erfüllt angesehen werden, die bei der Dämpfung des Kosten- und Preisauftriebs erhebliche Fortschritte gemacht haben, wie die USA, Japan und die Bundesrepublik Deutschland. Auf der anderen Seite haben mehrere Länder in den letzten Monaten aufgrund ihrer ungelösten binnen- und außenwirtschaftlichen Stabilisierungsprobleme Maßnahmen ergriffen, die die Expansion der Binnennachfrage tendenziell dämpfen, so Frankreich, Großbritannien, Italien und

Dänemark. Der Zuspitzung ihrer außenwirtschaftlichen Situation suchen die Regierungen dieser Länder dadurch zu begegnen, daß sie die zuvor allzu starke monetäre Expansion drosseln, die hohen Staatsdefizite verringern und ihre einkommenspolitischen Stabilisierungsbemühungen verstärken. Eine solche Strategie bringt die weitere konjunkturelle Aufwärtsentwicklung dann nicht in Gefahr, wenn es zu einer spürbaren Ermäßigung des Lohn- und Preisauftriebs kommt, die die Erwartungen der Unternehmer im Hinblick auf eine dauerhafte Verbesserung des Investitionsklimas stützt. In der Mehrzahl der genannten Länder sind Anzeichen für Fortschritte auf diesem Wege zu erkennen.

In die Prognose des Konjunkturverlaufs in den Industrieländern für das kommende Jahr geht eine gedämpft optimistische Einschätzung der Entwicklung in den europäischen „Problemländern“ ein. Auf dieser Grundlage ist für das Jahr 1977 in den Industrieländern ein durchschnittlicher Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von etwa 5 vH zu erwarten, nach 5,5 vH im Jahre 1976. Dies bedeutet im allgemeinen eine weitere, freilich mäßige Zunahme des Auslastungsgrades und eine leichte Erhöhung der Beschäftigung, aber noch keine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit. Der Preisauftrieb dürfte 1977 durchweg etwas geringer sein als 1976; dabei wird erwartet, daß sich im Verlauf des Jahres zumeist kaum noch eine weitere Abschwächung ergibt. Die Unterschiede im Inflationstempo von Land zu Land werden sich nur langsam vermindern, was auch weiterhin Wechselkursänderungen zur Folge haben wird.

Das Problem, einen nachhaltigen Anstieg des Beschäftigungsniveaus in den westlichen Industrieländern zu erreichen, ohne dabei einer Verstärkung des Preisauftriebs Vorschub zu leisten, besteht nach wie vor. Um es zu lösen, sollte eine verstetigte und stabilisierungsgerechte Geld- und Finanzpolitik verfolgt werden, statt wie bisher lediglich auf bereits eingetretene Fehlentwicklungen zu reagieren und dabei in einen „stop-and-go-Rhythmus“ mit sich wiederholender Übersteuerung zu geraten. Die geldpolitischen Instanzen sollten ihr Geldmengenziel möglichst frühzeitig bekanntgeben und damit den Rahmen für die Lohn- und Preisentwicklung setzen; verhalten sich die sozialen Gruppen stabilisierungskonform, so läßt sich die Beschäftigungssituation nachhaltig verbessern. Dort, wo ein einkommenspolitischer Konsens zustande kam, wie in Großbritannien, muß er durch eine entsprechende Einengung der monetären Expansion abgestützt werden, da andernfalls der Erfolg dieser Politik gefährdet wäre.

Wird eine solche Strategie glaubwürdig vertreten, trägt dies dazu bei, die Investitionsneigung der Unternehmer zu stärken, denn sie werden den Einsatz

von scharfen Restriktionsmaßnahmen für weniger wahrscheinlich halten und damit das Absatzrisiko geringer einschätzen. Eine Politik der Verstetigung und der Stabilisierung verbessert auch die Aussichten für eine Lösung der außenwirtschaftlichen Probleme. Denn dadurch würde verhindert, daß in den Defizitländern die von sich ändernden Wechselkursen herbeigeführte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wieder zunichte gemacht wird.

\* \*  
\*

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, mißt den Risiken, die sich aus den ungelösten Problemen auf den Gebieten der Einkommensverteilung, der öffentlichen Finanzen und der Zahlungsbilanzen ergeben und die weitere konjunkturelle Entwicklung in mehreren Ländern belasten, ein größeres Gewicht bei als die anderen Institute. Es schätzt daher die Auftriebskräfte, die die konjunkturelle Entwicklung tragen müssen, nachdem die konjunkturpolitischen Anstöße mehr und mehr nachlassen, entsprechend schwächer ein.

## Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1)</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Sommer 1976 der kräftige konjunkturelle Anstieg von einer gemäßigten Aufwärtsentwicklung abgelöst. Die industrielle Produktion lag in dieser Zeit nur wenig über dem im Frühjahr erreichten Niveau. Die übrigen Wirtschaftsbereiche glichen die Tempoverminderung im industriellen Bereich nur zum Teil aus. Getragen wurde die Aufwärtsentwicklung von einer Ausweitung der Exporte und der Bauinvestitionen. Die Verbrauchsausgaben des Staates und der Privaten, aber auch die Investitionstätigkeit erhöhten sich nur verhalten. Mit der Verminderung des Expansions tempos wurde der Anstieg der Kapazitätsauslastung unterbrochen. Am Arbeitsmarkt waren die Besserungstendenzen nur schwach ausgeprägt. Der Preis auftrieb, der sich im Frühjahr zu verstärken schien hat wieder nachgelassen.

Trotz der Abflachung des Produktionsanstiegs — zum Teil Folge einer Ausweitung der sommerlichen Arbeitspause und insoweit nicht konjunkturell bedeutsam — ist die Erholung gegenüber dem Rezessionstief beträchtlich: Die Industrieproduktion lag im Sommerhalbjahr 9 vH höher als ein Jahr zuvor, das reale Sozialprodukt wies eine Zunahme von 6 vH auf.

### Export: Antriebskraft für den Aufschwung

Die weltweite konjunkturelle Aufwärtsentwicklung hat zu einer kräftigen Belebung des Welthandels geführt. Entgegen vielen Befürchtungen hat zudem die Wechselkursentwicklung der letzten Jahre für die deutsche Wirtschaft insgesamt keine Verschlechterung der Wettbewerbslage gebracht; die Aufwertung der D-Mark hat den im internationalen Vergleich niedrigen Anstieg der Produktionskosten nicht voll kompensiert. Die Ausweitung der deutschen Ausfuhr lag über der Zuwachsrates des Welthandels. Wurden die Exportsteigerungen im Winter in erster Linie im

Handel mit den Industrieländern erzielt, so ist seit dem Frühjahr auch wieder ein Anstieg der Ausfuhr in die Entwicklungsländer zu beobachten.

Bis zur Jahreswende waren vor allem Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie vermehrt exportiert worden; seither tragen auch erhöhte Lieferungen der Investitionsgüterindustrie zum Exportanstieg bei. Dabei handelt es sich überwiegend um die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und Produkten der Elektrotechnischen Industrie und weniger um Maschinenbauerzeugnisse; die auch in diesem Bereich kräftige Nachfragesteigerung führt erst mit längerer Verzögerung zur Ausweitung der Lieferungen.

### Finanzpolitik auf dem Wege zur Konsolidierung

Die Finanzpolitik ist seit Herbst 1975 durch das Bemühen um den Abbau der Haushaltsdefizite bestimmt. Die Zurückhaltung der Gebietskörperschaften bei den Investitionsausgaben wird dazu führen, daß die öffentlichen Investitionen 1976 deutlich unter dem Vorjahresniveau liegen werden. Der Staatsverbrauch steigt weniger als das Sozialprodukt: Die staatliche Inanspruchnahme der Ressourcen nimmt relativ ab. Konjunkturell restriktiv hat ferner die Erhöhung der Beitragszahlungen zur Arbeitslosenversicherung gewirkt. Diesen Einflüssen stand vor allem im ersten Halbjahr die Auswirkung staatlicher Förderungsmaßnahmen zugunsten privater Investitionen gegenüber.

Neben den Änderungen staatlicher Einnahmen- und Ausgabenpolitik, die in Richtung auf einen Defi-

<sup>1</sup> Die nachstehenden Ausführungen geben die Ansicht von vier der beteiligten Institute wieder. Die davon abweichende Einschätzung der Wirtschaftslage durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen (RWI), ist im Anschluß als Minderheitsvotum dargestellt.

zitabbau wirken, haben konjunkturbedingte Minder- ausgaben (bei Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld) und Mehreinnahmen zu einer Senkung des Aus- gabenüberschusses geführt. Bei den Gebietskörper- schaften dürfte das Haushaltsdefizit 1976 in der Größenordnung von 50 Mrd. DM liegen und damit um etwa 8 Mrd. DM unter dem Wert des Vorjahres. Dagegen steigt das Defizit der Sozialversicherung um rd. 1 Mrd. DM auf etwa 4,5 Mrd. DM.

#### **Nach der Investitionszulage: Noch Zurückhaltung bei der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen**

Nach dem Auftragsschub aufgrund der Investitions- zulage im Sommer 1975 blieb das vielfach erwartete „Auftragsloch“ aus. Es kam danach sogar zu einer Aufwärtsentwicklung, die indes im Frühjahr dieses Jahres stockte. Dies war um so enttäuschender, als im Verlauf des Winterhalbjahres die Kapazitätsaus- lastung deutlich gestiegen war. Zuletzt hat sich der inländische Auftragseingang bei den Investitions- güterproduzenten wieder kräftig erhöht; ob schon dieses Ergebnis den Beginn einer nachhaltigen Festigung der Investitionsneigung anzeigt, bleibt abzuwarten.

Die Auslieferung von Investitionsgütern stieg bis zum Frühjahr dieses Jahres kräftig an. Der Frist- ablauf führte dann aber nicht zu der erwarteten Forcierung der Auslieferung von zulagebegünstigten Ausrüstungen. Allerdings hat sich die Einfuhr von Investitionsgütern zügig erhöht. Damit dürfte sich der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im Som- merhalbjahr insgesamt fortgesetzt haben, wenngleich in stark vermindertem Tempo.

#### **Steigende Bautätigkeit als Reaktion auf die Konjunkturprogramme**

Die Bauinvestitionen steigen seit Spätsommer 1975. Lediglich aufgrund der ungünstigen Witterung wurde diese Tendenz in den ersten Monaten dieses Jahres unterbrochen. Trug im zweiten Halbjahr 1975 noch die staatliche Bautätigkeit zum Produktions- anstieg bei, so ging dieser im Verlauf von 1976 allein auf den Wirtschafts- und Wohnungsbau zurück. Einen nicht unbeträchtlichen Beitrag leistete das Ausbaugewerbe; hier schlug sich der Einfluß des Moderni- sierungsprogramms vom August 1975 nieder.

Nach dem durch die staatliche Förderung beding- ten Auftragsschub in der zweiten Jahreshälfte 1975 war die Baunachfrage in allen Baubereichen rück- läufig. Besonders ausgeprägt war die Abnahme bei den Genehmigungen für Wirtschaftsbauten. Während man mit dieser Entwicklung aufgrund des Vorzie- hens von Bauvorhaben rechnen konnte, überrascht das Ausmaß des Rückgangs der öffentlichen Auf-

tragsvergaben. Relativ hoch blieb allein das Geneh- migungsvolumen für Ein- und Zweifamilienhäuser. Hier deutet sich — über die durch staatliche Förde- rung bewirkte Zunahme hinaus — eine bereits eigen- ständige Nachfragebesserung an.

#### **Nur schwacher Anstieg des privaten Verbrauchs**

Nach der kräftigen Erhöhung gegen Jahresende 1975 stagnierte der private Verbrauch bis nach der Jahresmitte; vor allem der Absatz von langlebigen Gebrauchsgütern war insgesamt schwach. Die Aus- weitung der Konsumausgaben wurde dadurch begrenzt, daß die Lohnerhöhungen im ersten Halb- jahr 1976 wenig über der Inflationsrate lagen, das Arbeitsvolumen nur zögernd stieg und sich die Steuer- und Beitragsbelastung erhöhte. Auch die Lohnnachzahlungen im Verlauf des zweiten Quartals und die 11 %-ige Rentenerhöhung zur Jahresmitte haben zunächst nicht zu einer sichtbaren Belegung des privaten Verbrauchs geführt. Das Konsumklima hat sich jedoch in den Sommermonaten deutlich gebessert; dies zeigen die Ergebnisse von Verbrau- cherbefragungen und die kräftige Zunahme von Ratenkrediten. Auch der Wiederanstieg der Nach- frage nach Personenkraftwagen auf das außer- gewöhnlich hohe Niveau, das um die Jahreswende 1975/76 erreicht worden war, deutet auf eine erneute Beschleunigung der Konsumausgaben hin; die zuletzt gemeldeten Einzelhandelsumsätze bestätigen dies.

#### **Kräftige Zunahme der Einfuhr**

Die Abflachung der Industrieproduktion und eine Verminderung der lagerzyklischen Impulse führten im zweiten Quartal zu einer Verlangsamung des Ein- fuhranstiegs bei industriellen Vorprodukten. Insge- samt hat sich die Ausweitung der Einfuhr etwas abgeschwächt, obwohl sich die Investitionsgüter- importe — nicht zuletzt wegen des Auslaufens der Begünstigungsfrist für die Investitionszulage — stark erhöhten.

Seit der Jahresmitte nimmt die Einfuhr wieder beschleunigt zu. Die Einfuhr von Ernährungsgütern ist aufgrund des witterungsbedingt knappen Inlands- angebots rascher als zuvor gestiegen. Die Einfuhr von Rohstoffen, Halbwaren und Fertigwaren-Vorer- zeugnissen hat ebenfalls beschleunigt zugenommen; dies deutet darauf hin, daß die Lagerhaltung das gewünschte Niveau noch nicht erreicht hatte.

#### **Gemäßigter Zuwachs des Sozialprodukts**

Nach dem steilen Anstieg der gesamtwirtschaft- lichen Produktion im Laufe des Winterhalbjahres von rd. 8 vH (Jahresrate) erhöhte sich das Sozialprodukt

bis zum Herbst dieses Jahres in gemäßigttem Tempo. Die laufende Rate war im zweiten Quartal mit etwa 5 vH jedoch noch deutlich größer als die Rate des Potentialwachstums. Im dritten Quartal scheint sich der Auslastungsgrad der Gesamtwirtschaft nicht weiter erhöht zu haben. Das Sozialprodukt dürfte im Sommerhalbjahr um rd. 6 vH höher gelegen haben als ein Jahr zuvor.

### **Zögernde Belegung am Arbeitsmarkt**

Die Besserung der Lage am Arbeitsmarkt, die nach der Jahreswende einsetzte, kam in den Sommermonaten ins Stocken. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit verlief erheblich langsamer als zuvor. Im September lag die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt bei rund einer Million, das entsprach einer Arbeitslosenquote von 4,5 vH. Damit ist die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig um etwa 150 000 niedriger als um die Jahreswende 1975/76, dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit. Kräftiger ging bis zum Sommer die Zahl der Kurzarbeiter zurück. Der Wiederanstieg im September deutet darauf hin, daß die vorhergegangene starke Abnahme wohl auch durch Betriebsferien verursacht war.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit beruht kaum schon auf einer Zunahme der Beschäftigtenzahl; er ist fast ausschließlich durch das Ausscheiden von Arbeitslosen aus dem Arbeitsangebot bedingt. So wanderten weiterhin ausländische Arbeitskräfte ab, die schon arbeitslos waren, absorbierten berufsbildende Maßnahmen einen Teil der Arbeitslosen und verminderte schließlich die Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung die Zahl der älteren arbeitslosen Arbeitnehmer.

Hinter der insgesamt schleppenden Entwicklung am Arbeitsmarkt verbergen sich unterschiedliche Tendenzen: Während in einigen Industriegruppen — Automobilindustrie, EBM-Industrie und Lederindustrie — sowie im Baugewerbe die konjunkturelle Besserung zu einer Belegung der Arbeitskräftenachfrage führte, ging in anderen Industriegruppen die Beschäftigtenzahl noch zurück. Die meisten übrigen Bereiche beschränkten sich bei Neueinstellungen auf die Deckung des Ersatzbedarfs.

### **Abgekühltes Preisklima**

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat seit dem Frühjahr dieses Jahres merklich nachgelassen. Der Preisindex für die Lebenshaltung erhöhte sich in den Sommermonaten mit einem geringeren Tempo als noch im Frühjahr; im September war er nur noch 4 vH höher als ein Jahr zuvor. Am deutlichsten war die Abschwächung des Preisanstiegs bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln, die sich freilich vorher

ungewöhnlich stark verteuert hatten. Der Preisanstieg gewerblicher Güter blieb nach einer kurzen Beschleunigung im Frühsommer weiterhin gemäßigt.

Die Preisentwicklung auf der Erzeugerstufe war recht differenziert: Während sich der zuvor hohe Preisanstieg bei landwirtschaftlichen Produkten stark verlangsamte und die Preise für Investitionsgüter ebenfalls nur wenig stiegen, ergab sich bei Produkten der Grundstoffindustrie, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der vorausgegangenen Preissteigerung auf den Weltrohstoffmärkten, ein Preisschub. Die Aufwertungstendenz der D-Mark, die sich nach der Jahresmitte verstärkte, verbilligte die Importe und sorgte für eine Verschärfung des Wettbewerbs.

### **Geldpolitik: Zielmarke überschritten**

Die Ausweitung des Geldvolumens verlief in den ersten Monaten dieses Jahres gedämpft, vor allem weil sich die Bankkreditaufnahme der öffentlichen Haushalte merklich verringerte; die Zentralbankgeldmenge expandierte im vorgesehenen Rahmen. Dieser Rahmen wurde jedoch schon vor der Jahresmitte verlassen. Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand verstärkte sich wieder, aber auch die Kreditnachfrage von Unternehmen, Wohnungswirtschaft und privaten Haushalten erhöhte sich fühlbar. Diese Ausweitung war ohne größere Anspannungen an den Finanzmärkten möglich, weil die Kreditinstitute auf hohe Liquiditätsreserven — im April betragen sie rd. 17 Mrd. DM — zurückgreifen konnten. Die Zentralbankgeldmenge stieg in den Monaten Juni bis September so stark, daß die von der Bundesbank für 1976 angestrebte Zuwachsrate überschritten werden wird.

Nachdem — vor allem aufgrund von Mindestreserverhöhungen und vorübergehenden Devisenabflüssen sowie der Kreditexpansion — die freien Liquiditätsreserven bis Spätsommer auf 6 Mrd. DM reduziert waren, ist für die nächsten Monate wieder mit einer Anreicherung der Bankenliquidität zu rechnen: Anfang August lebte die Spekulation auf eine Höherbewertung der D-Mark innerhalb des Währungsverbundes erneut auf; aufgrund der Interventionen der Bundesbank an den Devisenmärkten flossen den Kreditinstituten bis Anfang Oktober 7 Mrd. DM zu. Dieser Liquiditätszustrom wurde teilweise durch die Aufstockung der öffentlichen Zentralbankguthaben neutralisiert, allerdings nur vorübergehend, weil in den letzten Monaten dieses Jahres diese Gelder wieder zu den Kreditinstituten gelangen werden. Nach der Neufestsetzung der Leitkurse am 18. Oktober dürften zwar spekulative Auslandsgelder wieder abgezogen werden, indes wird der Rückfluß sicherlich schwächer sein als der vorherige Zufluß. Bei der erneuten Zunahme der freien Reserven ist damit zu

rechnen, daß die Zentralbankgeldmenge auch in den verbleibenden Monaten dieses Jahres steigen wird.

Die Belebung der Kreditnachfrage hatte zur Folge, daß die Zinssätze für Bankkredite und Einlagen nach der Jahresmitte nicht mehr zurückgingen, sondern vereinzelt wieder leicht anzogen. Wechselhaft war die Entwicklung der Renditen auf dem Rentenmarkt. Änderungen in der Einschätzung der Geldpolitik sowie der Höhe der öffentlichen Defizite führten zu einer Überreaktion auf den Wertpapiermärkten: Nachdem der Kapitalmarktzins von März bis Juli von 7,8 % auf 8,4 % gestiegen war, ist er inzwischen wieder auf etwa 8 % gesunken. Der Nominalzins liegt damit zwar deutlich unter dem Vorjahresniveau, aber der Rückgang der Preissteigerungsrate war spürbar stärker als der Rückgang des Zinses. Daher ist ein weiteres Sinken des Kapitalmarktzinses nicht unwahrscheinlich, vor allem dann nicht, wenn die öffentliche Hand ihre Verschuldungspolitik flexibler als bisher gestaltet. Sie sollte so lange auf eine Verlängerung der Laufzeiten verzichten, wie der Zinsrückgang noch nicht die anvisierte Verringerung der Inflationsrate widerspiegelt: Bindet sich der Staat für eine längere Zeit an den gegenwärtig hohen Kapitalmarktzins, könnte dies als Zweifel an weiteren Fortschritten bei der Stabilisierung gedeutet werden.

### Ausblick

Die konjunkturelle Entwicklung in den Sommermonaten hat vielfach zu Zweifeln Anlaß gegeben, ob sich der Aufschwung, insbesondere der Investitionsaufschwung, nach der Sommerpause fortsetzen werde. Vieles spricht indes dafür, daß die Abschwächung der Auftriebskräfte vorübergehend war. Diese Einschätzung stützt sich vor allem darauf, daß die Bedingungen für einen Aufschwung nach wie vor günstig sind.

- Die Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten ist weiter kräftig gestiegen; dies ist auch dann als expansive Kraft zu werten, wenn man berücksichtigt, daß die in den vergangenen Monaten eingegangenen Großaufträge kurzfristig nur zu einem relativ geringen Teil produktionswirksam werden. Eine Fortsetzung des Anstiegs der Auslandsnachfrage ist zu erwarten, da die wirtschaftliche Entwicklung in wichtigen Abnehmerländern weiterhin aufwärts gerichtet ist.
- Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich seit Mitte vorigen Jahres – wenn auch mit Unterschieden von Branche zu Branche – deutlich verbessert; dies war nicht zuletzt auf die zurückhaltende Lohnpolitik zurückzuführen. Vieles spricht dafür, daß auch die nächste Lohnrunde durch maßvolle Abschlüsse gekennzeichnet sein wird. Daher dürften die Gewinne abermals stärker zu-

nehmen als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

- Die Auslastung der Kapazitäten wird nach der Sommerpause weiter steigen; damit werden für eine wachsende Zahl von Unternehmen in Branchen mit einem Vorlauf vor der allgemeinen Konjunktorentwicklung Erweiterungen notwendig. In anderen Branchen wird sich die Bereitschaft erhöhen, Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen vorzunehmen.

Kräftiger Exportanstieg, weiter steigende Gewinne und erhöhte Kapazitätsauslastung werden die Erwartungen der Investoren verbessern und damit jene Erhöhung der Investitionsneigung bewirken, die für einen nachhaltigen Aufschwung erforderlich ist.

Es wird nicht verkannt, daß die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung nicht frei von Risiken ist. Sie sind vor allem in der Entwicklung der Auslandskonjunktur zu sehen (vergleiche dazu den weltwirtschaftlichen Teil dieser Diagnose). Sollte im Ausland ein erheblich ungünstigerer Verlauf eintreten als angenommen, würde dies nicht nur das Exportgeschäft, sondern ganz allgemein die Erwartungen der Unternehmer negativ beeinflussen. Möglich ist aber auch, daß der Aufschwung stärker wird als hier unterstellt. Hierfür kann es verschiedene Ursachen geben: Ein günstigerer Verlauf der Auslandskonjunktur, der bei der weltweiten Expansion keineswegs auszuschließen ist; eine stärkere Investitionstätigkeit im Inland, weil aufgeschobene Investitionen auf breiter Front nachgeholt werden; eine stärkere Lagerbildung als Folge eines Umschlagens der zuletzt recht gedämpften Unternehmererwartungen.

Die hier vorgelegte Prognose besitzt aus gegenwärtiger Sicht eine erheblich größere Wahrscheinlichkeit als pessimistischere oder optimistischere Versionen. Es ist zu betonen, daß sie gleichwohl bedingt, d. h. vom Zutreffen einer Reihe von Hypothesen abhängig ist. Dies sind einmal die schon genannten Bedingungen, zum anderen bestimmte Annahmen über die Wirtschaftspolitik, namentlich

- daß sich die Geldmengenexpansion wieder dem angestrebten mittelfristigen Pfad nähert;
- daß die Finanzpolitik den bisher bekannten Haushaltsplanungen folgt; allerdings ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahre 1977 nicht unterstellt worden;
- daß sich der Außenwert der D-Mark etwa in dem Maße erhöht, in dem Kosten und Preise im Ausland stärker steigen als in der Bundesrepublik (Konstanz des realen Wechselkurses).

Schließlich ist erneut darauf hinzuweisen, daß die Treffsicherheit der in der üblichen Form als Zu-

wachsraten im Vorjahrsvergleich angegebenen quantitativen Ergebnisse nicht nur von der zutreffenden Einschätzung des Verlaufs der Entwicklung im Prognosezeitraum abhängt, sondern auch von der zutreffenden Einschätzung des derzeitigen Ausgangsstandes. Angesichts der lückenhaften statistischen Informationen, die darüber vorliegen – und die teilweise revidiert werden dürften –, ist die Quantifizierung des erreichten Standes wie stets schwierig.

### **Exportgetragene Konjunktur**

Die Ausfuhr bleibt das Zuggpferd der Konjunktur. Die Warenausfuhr wird zum Jahresende 1976 preis- und saisonbereinigt, nach der vorübergehenden Tempoverminderung in den Sommermonaten, wieder kräftig steigen; sie wird auch 1977 stark expandieren. Diese Einschätzung entspricht einmal der Erwartung eines fortdauernden Konjunkturaufschwungs bei den westlichen Handelspartnern; sie wird zum anderen gestützt durch die gerade in den letzten Monaten stark gestiegene Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Warenausfuhr 1977 das Vorjahresniveau um etwa 11 vH übertreffen. Besonders stark werden die Lieferungen der Investitions- und der Verbrauchsgüterindustrien zunehmen.

Der Anteil der OPEC-Länder an den deutschen Exporten wird sich 1977 erneut erhöhen. Dagegen dürfte die Ausfuhr in die Ostblockländer nur wenig zunehmen. Auch die Ausfuhr in die Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) wird wegen deren hoher Verschuldung unterdurchschnittlich steigen.

Die Durchschnittswerte der Ausfuhr werden im Verlauf des kommenden Jahres wohl relativ wenig steigen. Die Höherbewertung der D-Mark wird eine stärkere Anhebung der Preise vor allem von Vorprodukten und Verbrauchsgütern erschweren. Für 1977 wird ein Anstieg der Durchschnittswerte der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr um rd. 4 vH erwartet. Die Einfuhren werden sich etwas stärker verteuern, vor allem wegen der bevorstehenden Preisanhebungen bei Rohöl und erneuten Preissteigerungen bei anderen Rohstoffen. Die Terms of Trade werden sich daher im Jahresdurchschnitt 1977 nochmals etwas verschlechtern.

### **Günstige Voraussetzungen für ein Erstarren der Investitionsneigung**

Während die bisherige Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im wesentlichen durch die Investitionszulage geprägt war, sind künftig die endogenen Bestimmungsgründe maßgeblich. Zwar ergeben die verfügbaren Indikatoren der Investitionsgüternachfrage, vor allem die Inlandsaufträge bei den Investitionsgüterherstellern, noch kein eindeu-

tiges Bild; die letztlich für die Investitionsneigung entscheidenden Rahmenbedingungen – Sog der Auslandsnachfrage, steigende Rentabilität und Kapazitätsauslastung – sprechen jedoch für ein Erstarren der Investitionsneigung. In manchen Fällen können schon in absehbarer Zeit Kapazitätsengpässe Anlaß für Erweiterungsinvestitionen geben. Sicherlich werden jedoch einstweilen das Rationalisierungsmotiv und die Ersatzbeschaffung bei den Investitionsentscheidungen im Vordergrund stehen.

Das zuversichtliche Urteil über die künftige Investitionsentwicklung wird durch die in letzter Zeit sichtbar gewordene erhöhte Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen gestützt. Die verstärkte Kreditaufnahme ging einher mit einem steigenden Aufkommen von eigenen Finanzierungsmitteln der Unternehmen. Auch für einen kräftigen Anstieg der Gewinne sind die Voraussetzungen als günstig zu beurteilen. Zwar werden sich die Lohnstückkosten 1977 stärker erhöhen als in diesem Jahr – der Produktivitätsfortschritt wird etwas geringer sein als 1976, der Lohnanstieg etwas höher –, aber die Einfuhrpreise für Rohstoffe werden voraussichtlich weniger steigen und das Zinsniveau wird sich wenig verändern. Der aus diesen Einflüssen abzuleitende Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen wird merklich flacher als in entsprechenden Phasen früherer Konjunkturzyklen sein; er wird im Jahresdurchschnitt auf 8 vH beziffert<sup>2</sup>.

Die Lagerbildung war in den letzten Monaten relativ schwach. Es ist damit zu rechnen, daß von dieser Seite künftig eher wieder stärkere Impulse auf die Produktion ausgehen werden, da die Lagerbestände noch immer nicht das für diese Konjunkturphase übliche Niveau erreicht haben.

### **Weiterhin mäßiger Anstieg der Bauinvestitionen**

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Förderung der Bautätigkeit gewährleisten eine Zunahme der Bauinvestitionen etwa bis zur Jahresmitte 1977. Danach wird sich eine Abschwächung ergeben, wenn nicht die autonome Nachfrage rechtzeitig anzieht. Im

<sup>2</sup> Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, sieht zwar die Chancen für ein Erstarren der Investitionsneigung ebenfalls gegeben. Es ist jedoch der Ansicht, daß die Voraussetzungen hierfür zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend erfüllt sind. Angesichts der noch verhältnismäßig hohen Kapazitätsreserven wird der Einfluß steigender Kapazitätsauslastung auf die Investitionsneigung vorerst gering bleiben, er wird erst im Laufe des nächsten Jahres an Gewicht gewinnen. Die Investitionsneigung wird außerdem zur Zeit von den noch gedämpften Geschäftserwartungen der Unternehmen ungünstig beeinflusst. Dies deutet darauf hin, daß sich die Ausrüstungsinvestitionen sowohl in der zweiten Hälfte dieses Jahres als auch im Jahre 1977 weniger erhöhen werden, als in der Prognose angenommen wurde. Gestützt wird diese Vorstellung auch durch die noch verhaltenen Investitionspläne der verarbeitenden Industrie für das nächste Jahr.

Jahresdurchschnitt 1977 werden die realen Bauinvestitionen wohl nur um 3 vH höher sein als in diesem Jahr.

Bei den Wohnbauten, die nach dem Zwischenfinanzierungsprogramm für Bausparer gefördert werden, ist die Rohbaufertigstellung bis zum Jahresende 1976 befristet; möglicherweise wird diese Regelung nicht streng gehandhabt werden. Bauten der Wohnungsunternehmen, für die die Investitionszulage in Anspruch genommen wird, müssen bis Ende Juni kommenden Jahres fertiggestellt sein. Die Fristsetzungen bedingen einen Anstieg der Rohbauproduktion im zweiten Halbjahr 1976 und verstärkte Ausbauleistungen im ersten Halbjahr 1977. Da die Nachfrage nach Wohnbauleistungen nach Ablauf der Begünstigungsfristen relativ hoch geblieben ist, dürfte die Bautätigkeit in diesem Bereich im späteren Verlauf des kommenden Jahres nicht nennenswert sinken.

Auch die gewerbliche Bautätigkeit wird in erster Linie von den bei der Investitionszulage gesetzten Fristen bestimmt werden, die mit Ausnahme energiewirtschaftlicher Großprojekte eine Fertigstellung bis Ende Juni 1977 erfordern. Entsprechend wird sie bis zur Mitte des kommenden Jahres erheblich ausgeweitet werden; danach wird sich der Anstieg jedoch deutlich abflachen.

Im öffentlichen Bau wird auch im zweiten Halbjahr dieses Jahres das Vorjahresniveau unterschritten. Für das nächste Jahr ist angesichts der ungünstigen Lage der öffentlichen Haushalte keine Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen zu erwarten.

#### **Abnehmendes Staatsdefizit**

In der Tat trifft die restriktive Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften vor allem die Investitionen. Trotz der Konjunkturprogramme, mit denen das Volumen der öffentlichen Investitionen aufgestockt werden sollte, nehmen die realen Investitionen des Staates 1976 ab. Auch 1977 ist mit einem leichten Rückgang der öffentlichen Investitionen zu rechnen, da sich hier nach wie vor die Bemühungen um die Sanierung der öffentlichen Finanzen besonders stark auswirken.

Die Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften werden im nächsten Jahr wohl nur um etwa 5 vH steigen. Die Einnahmen erhöhen sich dagegen mit der Verbesserung der Wirtschaftslage fast doppelt so stark. Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften wird sich von rd. 50 Mrd. DM im Jahre 1976 auf etwa 37 Mrd. DM im Jahre 1977 verringern. Dagegen werden sich die Defizite der Sozialversicherung gegenüber 1976 auf etwa 10 Mrd. DM verdoppeln, vor allem weil deren Ausgaben wesentlich stärker steigen als die der Gebietskörperschaften.

#### **Privater Verbrauch trägt Aufschwung mit**

Die Kaufbereitschaft der Konsumenten hat zuletzt zugenommen. Sie haben sich bei verstärkt steigenden Einkommen, vor allem infolge vermehrter Überstunden, in erhöhtem Maße verschuldet und die laufende Ersparnis verringert. Der private Konsum ist daher wieder rascher gestiegen.

Der Anstieg der verfügbaren Einkommen wird sich 1977 leicht beschleunigen. Dabei wird das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit verstärkt zunehmen, auch wegen der steigenden Beschäftigung. Die Einkommensübertragungen werden vor allem wegen der abnehmenden Arbeitslosigkeit etwas verlangsamt steigen. Die Sparquote wird nochmals sinken: Zwar ist kaum anzunehmen, daß sich der Anteil des Sparens aus dem laufenden Einkommen nochmals verringert; doch wird die Sparquote im Jahre 1977 von einem wichtigen Sondereinfluß mitbestimmt, nämlich der Freigabe von längerfristig gebundenen Sparguthaben in Höhe von mehr als 20 Mrd. DM, das sind doppelt soviel wie 1976. Davon werden mehrere Milliarden D-Mark in den Konsum fließen. Unter Einschluß dieses Effekts wird der private Verbrauch auch 1977 stärker zunehmen als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (nominal 8,5 vH, real 4 vH).

#### **Verstärkung des Produktionsanstiegs**

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird vom Herbst 1976 an saisonbereinigt verstärkt zunehmen. Aufgrund der beschriebenen Nachfragetendenz wird die Produktion im kommenden Jahr mit einer laufenden Rate von 5,5 vH steigen. Im Jahresdurchschnitt wird sich ein Zuwachs des realen Sozialprodukts gleicher Größe ergeben. Dies bedeutet eine merkliche Verbesserung der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.

Die Einfuhr wird künftig wegen des Wegfalls der Wirkungen der Investitionszulage auf die Bezüge von Investitionsgütern und des Nachlassens lagerzyklischer Impulse bei Vorprodukten langsamer zunehmen. Im Jahresdurchschnitt wird die reale Wareneinfuhr rd. 11 vH höher sein als in diesem Jahr. Der Überschuß im Warenhandel wird wieder etwas größer werden. Das wird auch für den gesamten Außenbeitrag gelten, und zwar sowohl in realer als auch in nominaler Rechnung.

#### **Weiter langsame Besserung auf dem Arbeitsmarkt**

Die Personaldispositionen der Unternehmen sind gegenwärtig immer noch recht zurückhaltend. Die Entwicklung der Zahl der offenen Stellen läßt für die nächsten Monate noch nicht auf einen nennenswerten zusätzlichen Kräftebedarf schließen. Mit einer spürbaren Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen ist

wohl erst im kommenden Jahr zu rechnen. Aus heutiger Sicht ist schwer abschätzbar, inwieweit der erhöhte Bedarf durch eine Erhöhung der Zahl der Überstunden oder der Beschäftigten gedeckt werden wird. Die effektive wöchentliche Arbeitszeit liegt gegenwärtig noch deutlich unter dem Niveau vor dem Konjunkturreinbruch. Doch gibt es zunehmende Widerstände gegen eine weitere Vermehrung der Überstunden.

In jedem Fall wird die Zahl der Beschäftigten nur mäßig zunehmen. Die Arbeitslosenzahl wird im Jahresdurchschnitt 1977, berücksichtigt man die sonstigen Bestimmungsgründe wie Abwanderung von Ausländern, demographische Entwicklung usw., sicherlich nicht unter 800 000 sinken. Im Verlauf des kommenden Jahres wird sich der Rückgang nur wenig beschleunigen, da die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen mit anhaltender Besserung der Arbeitsmarktlage vermutlich kaum weiter sinkt. Am saisonalen Tiefpunkt würde die Arbeitslosenzahl unter den hier gemachten Annahmen bei etwa 700 000 (1976: rd. 900 000) liegen.

#### **Anhaltend ruhige Preisentwicklung**

Stabilisierungsgerechte Geldpolitik, starke Einfuhrzunahme bei steigendem Außenwert der D-Mark und ein weithin elastisches Inlandsangebot werden auch 1977 die Möglichkeiten zu Preiserhöhungen eng begrenzen. Von der Kostenseite werden die Anstöße insgesamt nur wenig größer sein als bisher. So kann auch weiterhin mit einer relativ ruhigen Preisentwicklung gerechnet werden. Eine weitere Verlangsamung des laufenden Preisanstiegs ist allerdings nicht zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 1977 werden die Erzeugerpreise in vielen Bereichen sogar höhere Anstiegsraten als in diesem Jahr aufweisen, weil der Überhang am Jahresende 1976 größer sein wird als ein Jahr zuvor.

Auch für die Verbraucherpreise ist eine weitere Verlangsamung des Anstiegstempos nicht wahrscheinlich. Durch die Erhöhung von Tabak- und Branntweinsteuer wird das Niveau des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zu Beginn des kommenden Jahres um 0,5 vH angehoben. (Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist für das kommende Jahr nicht unterstellt worden.) Wegen des hier relativ geringen Überhangs am Jahresende 1976 wird die Preisanstiegsrate im Durchschnitt des kommenden Jahres mit 4 bis 4,5 vH noch etwas niedriger ausfallen als 1976.

#### **Wirtschaftspolitische Überlegungen**

Im Jahre 1976 sind die im Zuge der Ölkrise und der Rezession entstandenen Verwerfungen in den Verteilungsrelationen und der Nachfragestruktur, die

sich zu Lasten von Wachstum, Beschäftigungsgrad und Preisstabilität wie auch der Staatsfinanzen ausgewirkt hatten, zum Teil korrigiert worden. Voraussetzung für diese Korrekturen war der konjunkturelle Aufschwung, der dem Zusammenwirken von wirtschaftspolitischen Ankurbelungsmaßnahmen, günstigen außenwirtschaftlichen Einflüssen und konjunkturkonformem Verhalten der Tarifparteien zuzuschreiben ist.

Das Tempo des Aufschwungs ist so gemäßigt, daß auf absehbare Zeit die normalerweise in dieser Phase gegebene Gefahr einer Beschleunigung des Preisauftriebs als gering einzuschätzen ist. Das Aufschwungtempo läßt freilich auch keinen raschen Abbau der Arbeitslosigkeit zu. Die Unterauslastung der Kapazitäten erhält zwar den Wettbewerb der Unternehmen untereinander, beeinträchtigt jedoch auch die Bereitschaft zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch kräftige Erhöhung der Investitionen.

Mit zusätzlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen könnte wenig zur nachhaltigen Verbesserung der Gesamtsituation beigetragen werden. Dies ist indes keine Absage an eine globale Prozeßsteuerung. Diese Aufgabe muß vielmehr konsequent von der Geldpolitik erfüllt werden, und zwar im Sinne einer Verstetigung des Wachstumsprozesses bei weiterer Eindämmung der inflatorischen Entwicklung. Das bedeutet, daß die Expansion der Geldmenge schrittweise verringert werden muß. Nachdem es seit Jahresmitte 1976 zu einer ungeplant starken monetären Expansion gekommen ist, sollte nun versucht werden, den als mittelfristig angemessen betrachteten Pfad wieder zu erreichen. 1977 entspräche dem eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt von 6 bis 7 vH. Um diesen Kurs einhalten zu können, muß die Bundesbank das Kredit schöpfungspotential der Banken weiter beschneiden. Die Geldmengensteuerung sollte am besten mit Hilfe einer flexiblen Offen-Markt-Politik (auch mit Handelswechseln) betrieben werden, von der — anders als von abrupten Änderungen der Reservesätze oder des Diskontsatzes — keine irritierenden Signalwirkungen ausgehen. Mit der jüngsten Korrektur des Wechselkursgefüges innerhalb des europäischen Währungsverbundes ist — mit großer Verzögerung — ein Schritt zur Sicherung des geldpolitischen Kurses gegen außenwirtschaftliche Störungen getan worden. Ob diese Korrektur ausreicht, läßt sich gegenwärtig nicht sagen.

Für die Lohnpolitik stellt sich vor allem die Frage, inwieweit die Korrektur in der Einkommensverteilung, die 1976 stattfindet, groß genug ist, die Investitionsneigung der Unternehmen nachhaltig zu erhöhen. Der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen wird 1976 mit 69,5 vH zwar deutlich niedriger ausfallen als 1975

(71,4 vH), aber immer noch erheblich größer sein, als er z. B. 1970 war (66,4 vH). Ein um zwei Prozentpunkte höherer Wert als 1970 ergibt sich 1976 für die „bereinigte Lohnquote“, bei deren Errechnung die unterschiedliche Entwicklung der Zahl der Selbständigen und der Unselbständigen berücksichtigt ist.

Diese Relationen deuten darauf hin, daß auch 1977 eine Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne erforderlich ist; der erwartete Produktivitätsfortschritt darf also nur teilweise in die Lohnerhöhungen einbezogen werden. In der Lohn-Tarifrunde 1977 wird es daneben darauf ankommen, das unterschiedlich hohe Risiko zu beachten, das in den einzelnen Wirtschaftszweigen mit bestimmten Lohnerhöhungen für den Beschäftigungsgrad und die Investitionsneigung verbunden sein kann. Die Erfüllung der Forderung nach mehr Differenzierung in den Lohnabschlüssen entspräche auch der mittelfristigen Notwendigkeit einer größeren Mobilität der Arbeitskräfte mit Hilfe der Anreize, die dann von vergrößerten Unterschieden in den Verdienstmöglichkeiten bei den einzelnen Bereichen ausgehen.

Bei der Arbeitsmarktpolitik, vor allem bei Maßnahmen zur Verminderung des Arbeitskräfteangebots mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken, sollten nicht übereilt irreversible Entscheidungen getroffen werden. Da der künftige Arbeitskräftebedarf der Unternehmen wie auch der des Staates selbst nur mit hohen Fehlermargen vorausgeschätzt werden kann, bergen Maßnahmen wie etwa eine Senkung des gesetzlichen Rentenalters oder die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit die Gefahr einer zu großen dauerhaften Verknappung des künftigen Arbeitskräftepotentials in sich. Andere Maßnahmen, etwa eine gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Umschulung oder Beihilfen zur Vergrößerung der regionalen Mobilität, verdienen den Vorzug, auch wenn ihr zahlenmäßiger Effekt bescheiden ausfallen mag.

Eine erhebliche Rolle für das gesamtwirtschaftliche Wachstum und den Beschäftigungsgrad spielt

das Verhalten des Staates als Investor und Arbeitgeber. Sowohl in der Investitions- als auch in der Einstellungspolitik haben die Gebietskörperschaften 1976 große Zurückhaltung geübt. Nicht zuletzt deshalb ist auch in diesem Jahr der Anteil der Anlageinvestitionen am realen Bruttosozialprodukt noch gesunken; für 1977 lassen die Haushaltsplanungen auf einen weiteren Rückgang der realen Bauinvestitionen des Staates schließen. Eine solche Politik muß unter kurzfristigen wie unter mittelfristigen Gesichtspunkten auf Bedenken stoßen.

Aber auch durch die drastische Zurückhaltung bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sind zusätzliche Belastungen des Arbeitsmarktes entstanden. Oftmals ist diese Politik durch den Hinweis auf fehlenden Bedarf gerechtfertigt; meist spielt jedoch die prekäre Finanzlage die ausschlaggebende Rolle. Zu einem Teil läßt sich diese Linie dadurch auflockern, daß auch im öffentlichen Dienst eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik befolgt wird: Mit zeitweilig deutlich unter dem Durchschnitt des Unternehmenssektors liegenden Lohnsteigerungen entsteht Spielraum für Mehrbeschäftigung, ohne daß dies negative Rückwirkungen auf die Haushaltssituation hätte. Dieser Effekt auf die Beschäftigtenzahl ließe sich durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für Teilzeitbeschäftigung noch erhöhen.

Bei Maßnahmen des Staates zum Defizitabbau sollte auch beachtet werden, daß im laufenden Konjunkturaufschwung die Defizite der Gebietskörperschaften schon deutlich vermindert worden sind, diejenigen der Sozialversicherung aber sogar beschleunigt steigen. Entscheidend für die hohen Ausgabenüberschüsse in beiden Bereichen sind die übermäßigen Belastungen mit Einkommens- und Vermögensübertragungen sowie Subventionen. Obwohl Einsparungen hier auf erhebliche politische Widerstände stoßen, sollten sie nicht deshalb von vornherein ausgeklammert bleiben, zumal Kürzungen hier häufig keine negativen Auswirkungen auf Konjunktur und Beschäftigung haben.

**Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 1976 und 1977

	1975 <sup>1)</sup>	1976 <sup>2)</sup>	1977 <sup>2)</sup>	1976		1977	
	Jahre			1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj. <sup>2)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>

**1. Entstehung des Sozialprodukts, real**  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen .....	- 3,3	- 1	0,5	- 1,7	- 0,5	0,5	1
Arbeitszeit (arbeits-täglich) .....	- 1,7	0,5	0,5	0,3	1	1	0
Arbeitstage <sup>3)</sup> .....	0,1	0,5	- 0,5	1,0	0,5	- 0,5	0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich .....	- 4,8	0,5	1	- 0,4	1	1	1
Produktivität <sup>4)</sup> .....	1,6	5,5	4,5	6,0	5	4	5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b> .....	<b>- 3,3</b>	<b>6</b>	<b>5,5</b>	<b>5,6</b>	<b>6,5</b>	<b>5</b>	<b>6</b>

**2. Verwendung des Sozialprodukts**  
In jeweiligen Preisen  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch .....	580,2	630,5	684,5	299,0	331,5	325,5	359
Staatsverbrauch .....	221,2	238	259,5	109,5	128,5	119	140,5
Anlageinvestitionen .....	221,1	239,5	262,5	110,6	128,5	121,5	141
Ausrüstungen .....	100,6	111	124,5	52,6	58,5	58,5	66
Bauten .....	120,4	128	138	58,0	70	63	74,5
Vorratsveränderung .....	- 4,1	+ 13	+ 22,5	+ 13,2	± 0	+ 17	+ 5,5
Außenbeitrag .....	+ 25,3	+ 23	+ 26	+ 12,3	+ 11	+ 12	+ 14
Ausfuhr .....	294,0	334,5	385	159,9	175	184,5	201
Einfuhr .....	268,8	311,5	359	147,6	164	172,5	186,5
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>1 043,6</b>	<b>1 144</b>	<b>1 255</b>	<b>544,5</b>	<b>599,5</b>	<b>595</b>	<b>660</b>

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch .....	8,9	8,5	8,5	9,1	8,5	9	8
Staatsverbrauch .....	11,6	7,5	9	7,9	7	8,5	9,5
Anlageinvestitionen .....	- 1,3	8	9,5	7,7	8,5	10	9,5
Ausrüstungen .....	6,2	10,5	12	11,8	9	11	13
Bauten .....	- 6,8	6,5	7,5	4,3	8,5	9	6,5
Ausfuhr .....	- 1,6	14	15	11,6	16	15,5	15
Einfuhr .....	3,8	16	15,5	14,5	17	17	14
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>4,7</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>10</b>	<b>9,5</b>	<b>10</b>

In Preisen von 1962  
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch .....	346,5	360	374	171,8	188	179,5	195
Staatsverbrauch .....	87,0	89,5	91,5	43,0	46,5	44	48
Anlageinvestitionen .....	133,3	141	149	66,0	75	70	79
Ausrüstungen .....	69,6	75	81	36,1	39	39	42,5
Bauten .....	63,7	65,5	67,5	29,9	36	31	36,5
Vorratsveränderung .....	- 2,7	+ 8,5	+ 14,5	+ 8,7	± 0	+ 11	+ 3,5
Außenbeitrag .....	+ 12,5	+ 13	+ 15	+ 6,6	+ 6	+ 6,5	+ 9
Ausfuhr .....	204,9	228,5	253	110,9	117,5	122,5	131
Einfuhr .....	192,4	216	238	104,3	111,5	116	122
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>576,6</b>	<b>611,5</b>	<b>644,5</b>	<b>296,0</b>	<b>315,5</b>	<b>310,5</b>	<b>334</b>

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch .....	2,6	4	4	3,8	4	4,5	3,5
Staatsverbrauch .....	3,9	3	2,5	3,5	2	2	3
Anlageinvestitionen .....	- 4,1	5,5	6	5,8	5,5	6	5,5
Ausrüstungen .....	0,4	8	8	9,5	6,5	7,5	8,5
Bauten .....	- 8,6	3	3	1,6	4,5	4,5	2
Ausfuhr .....	- 8,7	11,5	11	10,7	12,5	10,5	11
Einfuhr .....	0,8	12	10,5	11,7	12,5	11	9,5
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>- 3,2</b>	<b>6</b>	<b>5,5</b>	<b>5,9</b>	<b>6,5</b>	<b>5</b>	<b>6</b>

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1975 <sup>1)</sup>	1976 <sup>2)</sup>	1977 <sup>2)</sup>	1976		1977	
	Jahre			1. HJ. 1)	2. HJ. 2)	1. HJ. 2)	2. HJ. 2)

3. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1962 = 100)  
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch .....	6,1	4,5	4,5	5,2	4	4	4,5
Staatsverbrauch .....	7,4	4,5	6,5	4,3	5	6	6,5
Anlageinvestitionen .....	3,0	2,5	3,5	1,8	3	3,5	3,5
Ausrüstungen .....	5,8	2,5	4	2,1	2,5	3,5	4
Bauten .....	2,1	3	4,5	2,6	4	4,5	4
Ausfuhr .....	7,7	2	4	0,8	3	4,5	3,5
Einfuhr .....	3,0	3,5	4,5	2,4	4	5	4
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>8,1</b>	<b>3,5</b>	<b>4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,5</b>	<b>4</b>	<b>4</b>

4. Einkommensentstehung und -verteilung  
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit <sup>6)</sup> . . . .	569,3	612	671	290,8	321	317,5	353,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme .....	479,6	513	561,5	243,9	269	266	296
Nettolohn- und -gehaltsumme .....	348,0	363	391,5	177,2	186	190,5	201
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	228,3	268,5	297,5	125,3	143	138,5	159,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen <sup>6)</sup> .....	179,1	211	235,5	98,5	112,5	109	126,5
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen <sup>7)</sup> .....	179,9	198	213,5	86,7	111	94,5	119
Nichtentnommene Gewinne .....	— 0,9	16,5	28,5	12,6	3,5	17	11,5
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten .....	797,5	880	968,5	416,1	464	456	513
Abschreibungen .....	126,2	134	144	65,8	68	71	73
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen .....	119,9	130	142	62,6	67,5	68	74
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>1 043,6</b>	<b>1 144</b>	<b>1 255</b>	<b>544,5</b>	<b>599,5</b>	<b>595</b>	<b>660</b>

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit <sup>6)</sup> . . . .	4,1	7,5	9,5	6,3	8,5	9	10
Bruttolohn- und -gehaltsumme .....	3,5	7	9,5	5,8	8	9	10
Nettolohn- und -gehaltsumme .....	3,6	4,5	8	3,0	5,5	7,5	8
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	3,8	17,5	11	20,0	15,5	10,5	11,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen <sup>6)</sup> .....	6,2	18	11,5	20,3	15,5	10,5	12,5
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen <sup>7)</sup> .....	8,8	10	8	10,0	10	9	7
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten .....	4,0	10,5	10	10,1	10,5	9,5	10,5
Abschreibungen .....	9,0	6	7,5	6,0	6	8	7,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen .....	4,6	8,5	9	9,2	8	8,5	9,5
<b>Bruttosozialprodukt</b> .....	<b>4,7</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>10</b>	<b>9,5</b>	<b>10</b>

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte  
a) Mrd. DM

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit <sup>6)</sup> . . . .	355,4	371	400	181,0	190	194,5	205,5
Öffentliche Einkommensübertragungen <sup>8)</sup> .....	173,8	189	203	91,3	97,5	98,5	104,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen .....	186,5	204,5	220,5	90,1	114,5	98	122,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden, nicht zurechenbare Übertragungen <sup>9)</sup> .....	26,7	28	29,5	13,1	15	13,5	16
<b>Verfügbares Einkommen</b> .....	<b>689,1</b>	<b>736</b>	<b>794</b>	<b>349,2</b>	<b>387</b>	<b>377,5</b>	<b>416,5</b>
Privater Verbrauch .....	580,2	630,5	684,5	299,0	331,5	325,5	359
Laufende Ersparnis .....	108,9	105,5	109,5	50,3	55,5	52	57,5
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote) .....	15,8	14,3	13,8	14,4	14,3	13,8	13,8

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit <sup>6)</sup> . . . .	3,6	4,5	8	3,0	5,5	7,5	8
Öffentliche Einkommensübertragungen <sup>8)</sup> .....	24,2	8,5	7,5	8,5	8,5	8	7
Entnahmen und Vermögenseinkommen .....	8,3	9,5	8	9,5	10	9	7
<b>Verfügbares Einkommen</b> .....	<b>9,7</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>6,0</b>	<b>7,5</b>	<b>8</b>	<b>7,5</b>
Privater Verbrauch .....	8,9	8,5	8,5	9,1	8,5	9	8
Laufende Ersparnis .....	14,4	— 3	4	— 9,2	3	3,5	4

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1975 <sup>1)</sup>	1976 <sup>2)</sup>	1977 <sup>2)</sup>	1976		1977	
	Jahre			1. Hj. <sup>1)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>	1. Hj. <sup>2)</sup>	2. Hj. <sup>2)</sup>

6. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>10)</sup>

a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern <sup>11)</sup> .....	247,2	276,5	305	127,0	149,5	140	165
Sozialversicherungsbeiträge .....	155,9	174,5	193,5	82,7	91,5	91	102
Erwerbseinkünfte .....	14,0	14,5	14,5	7,4	7	7,5	7
Sonstige laufende Übertragungen .....	10,7	11,5	12,5	5,5	6	6	6,5
Empfangene Vermögensübertragungen .....	5,5	7	6	3,3	3,5	3	3
<b>Einnahmen insgesamt</b> .....	<b>433,3</b>	<b>483,5</b>	<b>531</b>	<b>225,9</b>	<b>257,5</b>	<b>247,5</b>	<b>283,5</b>
Ausgaben							
Staatsverbrauch .....	221,2	238	259,5	109,5	128,5	119	140,5
Zinsen .....	13,8	17,5	21	8,3	9	10,5	10,5
Laufende Übertragungen an .....	201,1	219	235	105,9	113	114,5	120,5
Private Haushalte <sup>8)</sup> .....	175,0	190	204,5	91,8	98,5	99,5	105,5
Unternehmen .....	14,0	15	15	7,3	7,5	7,5	7,5
Ausland .....	12,1	14	15,5	6,9	7	7,5	7,5
Geleistete Vermögensübertragungen <sup>12)</sup> .....	24,3	31	30,5	13,9	17	13,5	17
Nettoinvestitionen .....	34,2	32	31,5	14,1	18	14	17,5
<b>Ausgaben insgesamt</b> .....	<b>494,6</b>	<b>537</b>	<b>577,5</b>	<b>251,7</b>	<b>285,5</b>	<b>271</b>	<b>306,5</b>
<b>Finanzierungssaldo<sup>13)</sup></b> .....	<b>- 61,3</b>	<b>- 54</b>	<b>- 46,5</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 28</b>	<b>- 23,5</b>	<b>- 23</b>

b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern <sup>11)</sup> .....	0,0	12	10,5	12,8	11	10	10,5
Sozialversicherungsbeiträge .....	9,1	12	11	10,8	13	10,5	11,5
Erwerbseinkünfte .....	2,6	2	1,5	6,0	- 2	0,5	2
Sonstige laufende Übertragungen .....	6,0	7,5	8	7,8	7,5	8,5	7
Empfangene Vermögensübertragungen .....	17,8	24	- 14,5	43,5	10	- 12	- 17
<b>Einnahmen insgesamt</b> .....	<b>3,5</b>	<b>11,5</b>	<b>10</b>	<b>12,0</b>	<b>11</b>	<b>9,5</b>	<b>10</b>
Ausgaben							
Staatsverbrauch .....	11,6	7,5	9	7,9	7	8,5	9,5
Zinsen .....	20,3	26,5	20	22,9	29,5	24	16,5
Laufende Übertragungen an .....	21,3	9	7,5	8,8	9	8	7
Private Haushalte <sup>8)</sup> .....	23,5	8,5	7,5	8,6	9	8	7
Unternehmen .....	0,7	6,5	1,5	7,2	6	3	0
Ausland .....	19,1	13,5	11	14,2	13	11	11
Geleistete Vermögensübertragungen <sup>12)</sup> .....	8,5	27,5	- 1	41,3	18	- 2	- 0,5
Nettoinvestitionen .....	3,5	- 6,5	- 1,5	- 10,6	- 2,5	- 1	- 1,5
<b>Ausgaben insgesamt</b> .....	<b>14,8</b>	<b>8,5</b>	<b>7,5</b>	<b>8,9</b>	<b>8,5</b>	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9, 1976, S. 527 ff.) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität. Angaben in Mrd. DM ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute. Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — 5) Einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. — 6) Ausschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 (1975: 0,12 Mrd. DM; 1976: 4,4 Mrd. DM; 1977: 2,5 Mrd. DM). — 7) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 8) Einschließlich Zahlungen des Kindergeldes (Familienlastenausgleich) ab 1. 1. 1975. — 9) Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Jagd- und Fischereisteuer), ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, Verwaltungsgebühren, freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nichtselbständigen zur Sozialversicherung, Saldo der Versicherungstransaktionen zwischen Schadenversicherungsunternehmen und privaten Haushalten, Einzelunternehmen u. a., sowie Saldo der laufenden Übertragungen zwischen privaten Haushalten und der übrigen Welt. — 10) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 11) Einschließlich Stabilitätsabgabe und Investitionssteuer. — 12) Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. — 13) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

### Minderheitsvotum

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, deutet die Abflachung der konjunkturellen Erholung, die sich im Frühjahr und Sommer dieses Jahres nach dem Abebben der konjunkturpolitischen Anstöße eingestellt hat, als Zeichen konjunktureller Labilität. Sie liegt nach Meinung des Instituts darin begründet, daß Fehlentwicklungen, insbesondere bei der Einkommensverteilung und der Finanzpolitik, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Industrieländern noch nicht hinreichend korrigiert sind. Es beurteilt deshalb die konjunkturelle Entwicklung in den nächsten Monaten und im nächsten Jahr zurückhaltender als die anderen Institute:

Die Produktion in Industrie und Bauwirtschaft ist zwar bis weit in das Jahr hinein gestiegen; zuletzt zehrte sie jedoch von den Aufträgen, die im Rahmen der Konjunkturprogramme vorgezogen worden waren. Die neuen Bestellungen bei Industrie und Bauwirtschaft nahmen in den letzten Monaten dagegen nur noch wenig zu, in großen Bereichen gingen sie sogar zurück. Im Rückgang der Nachfrage nach Grundstoffen zeichnet sich ein Nachlassen der Lageraufstockungen ab, im Erschlaffen der Nachfrage nach Maschinen und anderen Investitionsgütern die Zurückhaltung der Unternehmen bei neuen Investitionen und im Stocken der Nachfrage nach Verbrauchsgütern die nur zögernde Zunahme des privaten Verbrauchs. Ähnliches wie für die Aufträge aus dem Inland gilt für die aus dem Ausland: Die Aufträge an die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie schrumpften, die bei der Verbrauchsgüterindustrie nahmen nur noch schwach zu. Nur die Bestellungen von Investitionsgütern haben sich zuletzt sprunghaft erhöht. Hinter ihnen steht indes nicht eine Belebung der ausländischen Investitionsneigung, die einen stetigen und breiten Strom von Aufträgen erhoffen ließe, bei ihnen handelt es sich vielmehr vorwiegend um staatliche Großprojekte, die sich wahrscheinlich nicht häufig wiederholen werden. Sie stützen zwar Produktion und Beschäftigung, ob davon aber starke Anstöße auf die Investitionsneigung ausgehen, erscheint ungewiß, zumal sich ihre Fertigstellung auf mehrere Jahre verteilt.

Von der konjunkturellen Entwicklung in den westlichen Industrieländern sind vorerst kaum kräftige Impulse zu erwarten, da die Entwicklung in mehreren Ländern nicht nur durch Verzerrungen in der Einkommensverteilung und bei den öffentlichen Finanzen, sondern auch durch Probleme der Zahlungsbilanz belastet wird, deren Lösung kaum noch

hinausgeschoben werden kann. Gleichviel, auf welche Weise die Lösung angestrebt wird, der Außenhandel der anderen Länder, darunter auch der der Bundesrepublik, wird in jedem Falle beeinträchtigt.

Die Ausweitung des Exports in die Ostblockländer wird sich wegen des hohen Verschuldungsgrades dieser Länder vermutlich ebenso in engen Grenzen halten wie jene in rohstoffarme Entwicklungsländer. Eine kräftige Steigerung ist also nur für den Export in devisa-reiche Rohstoffländer zu erwarten; deren Anteil an der gesamten Ausfuhr der Bundesrepublik beträgt indes nur knapp ein Zehntel.

Der private Verbrauch wird aller Voraussicht nach nur dann ebenso stark wachsen wie bisher, wenn die privaten Haushalte einen erheblichen Teil der im nächsten Jahr freiwerdenden prämiengünstigten und vermögenswirksamen Spargelder ausgeben. Dies ist jedoch, wie Erfahrungen mit ähnlichen Vorgängen lehren, nicht sehr wahrscheinlich.

Die öffentlichen Haushalte haben sich in den letzten Jahren so weit den Grenzen ihrer Verschuldung genähert, daß sie für das kommende Jahr nur eine verhältnismäßig geringe Steigerung ihrer Ausgaben planen. Wenn es ihnen nicht gelingt, andere Ausgaben zurückzudrängen, werden die öffentlichen Investitionen die Hauptlast dieser Bemühungen tragen müssen.

Die Lager sind allen Anzeichen nach so weit aufgefüllt, daß die Lagerbewegungen der allgemeinen Konjunktorentwicklung mehr folgen als sie vorantreiben werden. Autonome Anstöße sind also nicht mehr zu erwarten.

Bei dieser Konstellation erscheinen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Verstärkung der Investitionen nicht erfüllt, insbesondere dann nicht, wenn die Erholung der Gewinne in der nächsten Lohnrunde wieder gestoppt würde. Gewiß ist die Auslastung der Kapazitäten seit dem Aufstieg aus dem Rezessionstal deutlich gestiegen, und auch die Gewinne der Unternehmen haben sich bemerkenswert erholt. Die Unternehmen verfügen aber noch immer über hohe Kapazitätsreserven, zumal sich der Anstieg der Auslastung in den letzten Monaten nicht mehr fortgesetzt hat und die Erholung der Gewinne bislang geringer blieb als die vorangegangene Schrumpfung; außerdem wurde sie zum großen Teil durch Preissteigerungen erreicht, mit denen nur

Kostenüberwälzungen nachgeholt wurden, die in der Rezession aus Mangel an Nachfrage nicht vorgenommen werden konnten. Derartige Gewinnerhöhungen bilden jedoch kaum ein tragfähiges Fundament für eine Belebung der Investitionsneigung. Hinzu kommt die Unsicherheit darüber, ob die Erholung der Gewinne nachhaltig bleiben wird.

Aufgrund all dieser Überlegungen hält das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, eine Steigerung des realen Bruttosozialprodukts von 3 bis 4 vH für wahrscheinlicher als eine höhere Zuwachsrate. Demnach erscheint eine Zunahme der Beschäftigung keineswegs gesichert; die Zahl der Arbeitslosen würde in diesem Falle nur etwa in dem Umfang sinken, wie arbeitslose Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehren und arbeitslose Inländer sich aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

Deshalb gilt es, alles zu vermeiden, was die konjunkturelle Entwicklung zusätzlich belasten könnte. Große Gefahren drohen vor allem dann, wenn die Tarifparteien im Vertrauen darauf, daß der Aufschwung gefestigt sei, Lohnsteigerungen vereinbaren, die sich im nachhinein als zu hoch erwiesen.

Käme es in der neuen Lohnrunde auch nur zu den gleichen Lohnerhöhungen von 5 bis 6,5 vH wie in diesem Jahr, dann vergrößerte sich das Risiko, daß die ohnehin noch labile Investitionsneigung gedämpft, das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt, der Rückgang der Arbeitslosigkeit behindert und der Preisauftrieb erneut verstärkt wird, denn mit ähnlich hohen Produktivitätssteigerungen wie in diesem Jahr ist im nächsten mit ziemlicher Sicherheit nicht mehr zu rechnen. Die Konjunktur steuerte dann auf eine Entwicklung zu, bei der das wirtschaftliche Wachstum bei steigenden Inflationsraten so gering wäre, daß die Arbeitslosigkeit hoch bliebe, wenn nicht sogar wieder zunähme.

Bei zurückhaltenden Lohnerhöhungen überwiegen dagegen eindeutig die Vorteile; denn selbst wenn die Produktion rascher zunähme als erwartet, kämen die dann höheren Gewinne auf dem Umweg über höhere Investitionen jenen Arbeitnehmern zugute, die rascher als sonst einen neuen Arbeitsplatz fänden, die Summe der Löhne und Gehälter würde also verstärkt steigen. Außerdem wäre der Zwang zu Preiserhöhungen geringer. Verzerrungen in der Einkommensverteilung, wie sie sich im Herbst 1969 eingestellt hatten, sind nicht zu besorgen, weil die

nunmehr weitgehend flexiblen Wechselkurse ähnliche Auswüchse der Auslandsnachfrage wie damals nicht mehr zulassen, zudem Mangel an Arbeitsplätzen und nicht Mangel an Arbeitskräften herrscht und die Bundesbank den monetären Spielraum — anders als damals — begrenzen kann.

Um einem Fehlverhalten der Tarifparteien vorzubeugen, sollte die Bundesbank keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie eine deutliche Verringerung der Inflationsraten anstrebt; die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge für das nächste Jahr müßte also deutlich niedriger angesetzt werden als für das laufende Jahr.

Die Bundesregierung sollte ihr diese Aufgabe dadurch erleichtern, daß sie den Leitkurs der D-Mark künftig rascher den Marktverhältnissen anpaßt als bisher oder die Kursbildung dem Markt überläßt.

Die Finanzpolitik sollte die Sanierung der öffentlichen Finanzen ohne Verzug anstreben, die Maßnahmen aber so wählen, daß die Konjunkturentwicklung nicht beeinträchtigt wird. Eine Verringerung des harten Kerns der öffentlichen Defizite und Impulse auf die Konjunktur ließen sich zugleich erreichen, wenn Ausgaben mit geringer konjunktureller Anstoßwirkung zu Gunsten zeitlich begrenzter Ausgaben mit großer konjunktureller Anstoßwirkung kurzgehalten würden. Das wäre zum Beispiel bei einer Einschränkung von Sparprämien und Subventionen zu Gunsten von öffentlichen Investitionen der Fall, aber auch bei einer Zurückhaltung bei Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst; denn für jedes Prozent unterbliebener Lohn- und Gehaltserhöhung würden mehr als eine Milliarde D-Mark für die Schaffung neuer Arbeitsplätze frei.

Steuererhöhungen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen — die Entscheidung hierüber ist grundsätzlich politischer Natur, denn mit ihr wird über den Vorrang öffentlicher vor privaten Ausgaben entschieden — wären nur dann angebracht, wenn ohne sie die Substanz öffentlicher Aufgaben beeinträchtigt würde. Solange dies nicht der Fall ist, wären Ausgabekürzungen vorzuziehen, da sie das Vertrauen in eine handlungsfähige Finanzpolitik stärkten und die konjunkturelle Entwicklung weniger beeinträchtigten als Steuererhöhungen.

Am schwierigsten ist das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, denn jene Arbeitsplätze, die in den letzten Jahren wegen zu hoher Lohnkosten aufgegeben wurden, sind wohl endgültig verloren. Es müssen

also neue Arbeitsplätze geschaffen werden, was nur in einer stark und nachhaltig wachsenden Wirtschaft mit weitgehend stabilem Geldwert gelingen kann. Eine wichtige Voraussetzung hierfür sind stabilisierungsgerechte Lohnerhöhungen.

Mit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs oder einem generellen Verbot von Überstunden und Sonderschichten würde – soweit die Maßnahmen einen Verzicht auf Einkommen in Rechnung stellen, und nur dann können solche Vorschläge ernst gemeint sein – wenn überhaupt möglich, die Arbeitslosigkeit verteilt, aber nicht behoben; denn den Unternehmen würden, anders als bei weitgehendem Verzicht auf Lohnerhöhungen, keine Anreize geboten, die Investitionen zu steigern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Gezielte Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit versprechen nur dann nachhaltigen Erfolg, wenn sie darauf gerichtet sind, die Unterschiede in den Berufsstrukturen von Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften durch Ausbildung, Umschulung oder Anreize zu verringern. Dabei muß freilich bedacht werden, daß die Unterschiede von Angebot und Nachfrage in jenen Berufen am größten sind, die als wenig attraktiv gelten. Darüber hinaus wäre zu erwägen, älteren Arbeitslosen, die kaum noch Aussichten auf eine Wiederbeschäftigung

haben, den Übergang in den Ruhestand zu erleichtern.

**Eckdaten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**  
 Vorausschätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts  
 für Wirtschaftsforschung, Essen  
 Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	1976	1977
<b>Entstehung des Sozialprodukts, real</b>		
Zahl der Erwerbstätigen . . . . .	- 1	- 0,5 bis 0
Arbeitszeit (arbeitstäglich) . . . . .	0,5	0
Arbeitstage <sup>1)</sup> . . . . .	0,5	- 0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) . . . . .	0	- 0,1 bis - 0,5
Produktivität <sup>2)</sup> . . . . .	5	4
<b>Bruttoinlandsprodukt . . . . .</b>	<b>5,5</b>	<b>3 bis 4</b>
<b>Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1962</b>		
Privater Verbrauch . . . . .	4	3 bis 3,5
Staatsverbrauch . . . . .	3	2,5
Anlageinvestitionen . . . . .		
Ausrüstungen . . . . .	6	3 bis 5
Bauten . . . . .	3,5	1 bis 2,5
Ausfuhr . . . . .	11,5	7 bis 8,5
Einfuhr . . . . .	11,5	6,5 bis 8,5
<b>Bruttosozialprodukt . . . . .</b>	<b>5,5</b>	<b>3 bis 4</b>
nachrichtlich (in Mrd. DM):		
Vorratsveränderung . . . . .	7	7 bis 10
Außenbeitrag . . . . .	12	13,5
<b>Preisentwicklung</b>		
Privater Verbrauch . . . . .	4,5	4 bis 4,5
Bruttosozialprodukt . . . . .	3,5	4 bis 4,5
<b>Einkommensverteilung</b>		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . . . . .	7	7 bis 8
Unternehmertätigkeit und Vermögen . . . . .	15,5	8 bis 10
<b>Nettosozialprodukt zu Faktorkosten . . . . .</b>	<b>9,5</b>	<b>7,5 bis 8,5</b>
1) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. – 2) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.		

*Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 11. November 1976*

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit 1975 sind erschienen:

- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen. 131 S. 1975. DM 48,60.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann. 176 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland – Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.

Im Druck:

- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens.

### Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.

Im Druck:

- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33  
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,  
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich  
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit  
Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D 1000 Berlin 36.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.